

JOACHIM WIESNER

## Über den Transfer politischer Werte in die Öffentlichkeit

Beobachtungen und Reflexionen zur »Grundwerte«-Diskussion

### I. EINLEITUNG

Im zeitgeschichtlichen Kontext der inhaltlichen Grundwerte-Diskussion ist ein Mißverständnis, möglicherweise eine Kuriosität, zu vermerken: Wer sich mit der Grundwerte-Frage befaßt und – etwa im Gespräch mit Studenten, mit Akademieteilnehmern (wie der Verfasser), mit Politikern aller Generationen und Parteien oder mit Publizisten – in eine Erörterung des Problemkreises »Grundwerte« eintritt, stellt eine weitverbreitete Unreflektiertheit des Begriffes fest. In der Regel werden »Grundwerte« schlicht verwechselt mit dem Begriff »Grundrechte«, wie ihn unsere Verfassung kennt. Es wird übersehen, daß »Grundwerte« viel umfassender, ja inhaltlich noch weitgreifender sind als etwa der (unstreitig ebenfalls philosophische und nicht lediglich juristisch gemeinte) Begriff der Grundrechte und als selbst der Begriff der »Menschenrechte«<sup>1</sup>.

»Grundwerte« stellen ein *offenes* System von Normen dar, bezogen auf Mensch – Familie – Gruppe – Stand – Gesellschaft – Politik – Staat. Sie betreffen die soziale Ordnungsgestaltung unseres politischen Gemeinwesens insgesamt. Emotionale und rationale Gehalte, abstrakte und kon-

---

<sup>1</sup> »Schwerwiegende Mißverständnisse« hinsichtlich der Begriffsgehalte haben 1979 die beim SPD-Parteivorstand eingerichtete »Grundwerte-Kommission« zu einem Zwischenbericht veranlaßt, um die aus dem ungeklärten Sprachgebrauch resultierenden Beschränkungen des politischen Handlungsspielraumes für grundwertebezogene Politik zu beseitigen. Die Kommission unterschied deshalb folgende politisch-ethische Teilbereiche:

- verbindliche Grundrechte unseres Grundgesetzes;
- wertbezogene Ordnungsprinzipien der Verfassung (etwa Sozialstaatlichkeit, Rechtsstaatlichkeit, Gewaltenteilung etc.);
- wertbezogene Institutionen (z. B. Familie, Staat);
- Rechtsgüter (z. B. Leben, Gesundheit, Freizügigkeit);
- Tugenden des politischen Bürgers (z. B. Rechtlichkeit, Zivilcourage, Offenheit, Toleranz);
- Grundwerte der konkurrierenden politischen Parteien (Freiheit, Gerechtigkeit, Solidarität). Vgl. Grundwerte und Grundrechte, vorgelegt von der Grundwerte-Kommission beim SPD-Parteivorstand, hrsg. vom SPD-Parteivorstand, Bonn 15. 1. 1979, 2 (Theorie und Grundwerte).

krete Bereiche bestehen nebeneinander und greifen ineinander. Die semantische und empirische Analyse ist hinsichtlich des »Grundwerte«-Komplexes nie zu einer definitorisch abschließenden Aussage (schon gar nicht in Form einer ontologischen Definition) gelangt und kann hierhin auch nicht gelangen<sup>2</sup>.

Demgegenüber läßt sich der Katalog der »Grundrechte« vergleichsweise präzise aus den nur 20 Artikeln des Bonner Grundgesetzes herauspräparieren:

Letztendlich geht es eigentlich nur um das Prinzip der Personalität des Menschen und der damit korrespondierenden Werte der Menschenwürde, der Freiheit und der Gleichheit sowie deren konkreter Organisation. Funktional heißt dies: Es geht um die Grundrechtsbindung aller staatlichen Gewalt, weil diese die physische Macht hat, den einzelnen Menschen bereits in seiner leiblichen Existenz, aber auch in seiner geistigen zu beeinträchtigen oder gar zu vernichten<sup>3</sup>.

Der Menschenwürde wegen soll die *Freiheit* der Person, und das heißt ontologisch: auch die Gleichheit, sich in einem sozialen und politischen System insgesamt realisieren lassen. Um das Spezifische der Grundwerte von den Inhalten der Grundrechte abzuheben, bedienen wir uns hier der Methode der Ausgrenzung. Nachfolgend skizzieren wir zunächst Strukturen des »Grundrechte«-Systems.

## II. PERSONALITÄT UND FREIHEIT

Die Artikel 1 und 2 des Grundgesetzes zeigen die Spannweite auf zwischen einem philosophischen Prinzip, dem der Freiheit der Person, und dessen konkret-organisatorischer Verwirklichung in Gesellschaft

---

<sup>2</sup> Die Grundwerte-Diskussion weisen bibliographisch nach:

– Deutscher Bundestag – Verwaltung – Hauptabteilung Wissenschaftliche Dienste –, Bibliographien Nr. 51, Dezember 1979: Die Diskussion 1979: Die Diskussion über Grundwerte in der Bundesrepublik Deutschland, 1976–1979 – Auswahlbibliographie mit Annotationen, Bonn, Dezember 1979; *Lothar Roos*, Die Grundwerte der Demokratie und die Verantwortung der Christen, in: Jahrbuch für Christliche Sozialwissenschaften 22 (1981) 75 ff. (Anmerkung 1 ff.); Werte – Rechte – Normen, hrsg. von *Ansgar Paus*, Kvelaer, Graz 1979 (mit Literaturnachweisen in den einzelnen Beiträgen); Essener Gespräche zum Thema Staat und Kirche 11, hrsg. von *Joseph Krautscheidt* und *Heiner Marré*, Münster 1977 (mit Beiträgen von *Karl Lehmann*, *Wolfgang Kluxen* und *Josef Isensee*); *Joachim Wiesner*, Zur Funktionalität der »Grundwerte« im demokratischen System, in: Religion und Verantwortung als Elemente gesellschaftlicher Ordnung, hrsg. von *Bodo B. Gemper*, Siegen 1982, 93 ff. (= Beiheft zu den Siegener Studien).

<sup>3</sup> Die staatswissenschaftliche Literatur zu den Grundrechten ist unübersehbar; nach Grundgesetz-Artikeln systematisierte Bibliographien, jeweils auf dem relativ neuesten Stand, bei *Theodor Mainz*, *Günter Dürig*, *Roman Herzog* und *Rupert Scholz*, Grundgesetz Kommentar, <sup>5</sup>München 1981 (19. Lfg.: September 1981) passim.

und Staat, in die der einzelne – zugleich als Geistwesen und als reale physische Person – eingebunden ist. In diesem »Einbinden« ist das Gelenkstück vom geistigen Prinzip (scil. der Personenwürde) hin zur politisch organisierten Konkretisation zu sehen. Durch diesen Prozeß sozialer Organisation entstehen die in der Sozialwissenschaft und in der öffentlichen Diskussion vielberufenen »sozialen Zwänge«; sie erwachsen bereits aus der physischen Existenz anderer Menschen gegenüber dem einzelnen, und sie können durch staatliche Macht noch verstärkt werden, insbesondere in autoritären oder totalitären Systemen.

In der Demokratie als politischer Organisationsform werden diese Zwänge in ihrer Durchgriffskraft wieder gemildert – wertehierarchisch hat das Prinzip der »Staatlichkeit« gegenüber jenem der »Personalität« zurückzutreten, hat letzterem sogar zu dienen. Das ist die philosophische Prämisse unserer Verfassung und damit auch des Grundrechte-Katalogs.

Die in den Artikeln 4 und 5 formulierten Grundsätze der Glaubens-, Gewissens- und Bekenntnisfreiheit, der Freiheit der Meinungsäußerung in der Öffentlichkeit und in den Medien sowie in Kunst, Wissenschaft und Lehre kann man als »besondere« Freiheiten, nämlich als Spezifikationen des einen Prinzips Freiheit in seiner realen Verwirklichung begreifen. Diese Grundsätze stellen Postulate dar, denen dann die konkreten Abwehrgebote gegen staatliche Machtausübung zugunsten des einzelnen zur Seite treten. Es sind Gebote wie Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit, das Verbot von Zwangsarbeit und das Gebot der freien Berufswahl (Art. 8, 9 und 12).

Ebenso korrespondieren miteinander das Anspruchsrecht auf Freizügigkeit mit den Verboten zur Zwangsarbeit und zur Auslieferung und mit dem »Berufsverbot« im engeren verfassungsrechtlichen Sinne (nicht zu verwechseln mit der polemisch-diskriminierend gemeinten Vokabel »Berufsverbot« der linken Diskussion, die sich gegen die Schranken zur Einstellung von politischen Extremisten in den Öffentlichen Dienst wendet).

Die Regelung des Staatsangehörigkeits- und Asylrechts (Art. 11, 12 und 16) hat durch die in der Bundesrepublik Deutschland seit einigen Jahren aufgelaufene Welle der Asyl-Suchenden eine neue, aus dem Prinzipiellen ins Aktuelle vorgeschobene Dimension gewonnen<sup>4</sup>. Die Gebote, das

---

<sup>4</sup> Einen Überblick über die gleichermaßen sozialstrukturell wie rechtspolitisch neuartige Fragestellung bietet die »Antwort der Bundesregierung auf die Große Anfrage der Fraktionen der SPD und FDP . . . Asylrecht«: Deutscher Bundestag, Drucksache 8/4278 vom 20. 6. 1980.

Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis sowie die Unverletzlichkeit der Wohnung zu wahren, sowie das Recht auf Petition stellen ebenfalls besondere, genauer: konkret organisierte und organisierbare, Rechte des einzelnen gegenüber der Zugriffsmacht des Staates dar (Art. 10, 13 und 17).

Diese hier zuvor genannten Grundrechte beziehen sich letztlich alle auf das personale Prinzip der Freiheit, die eben eine Freiheit der einen Person ist, Freiheit aufgrund der dem Menschen innewohnenden Menschenwürde. Diese Grundrechte wehren den Staat in seinem Totalitätsanspruch, den er rein funktional verwirklichen könnte, aus ethischen Gründen ab. Letztlich ist diese Freiheitskategorie eine säkularisierte und konkretisierte christliche Grundanschauung. Demokratie als Staatsorganisation gemäß liberalem Prinzip ist nichts Geringeres als ein logischer Ausfluß (wenngleich nicht der einzig mögliche) christlicher Menschenbild-Tradition. Die Personalität als ein ethisches Prinzip stellt deswegen logisch zwingend ein politisch-organisatorisches Programm und Konstitutivum jeglicher Soziallehre dar (eben der katholischen wie der liberalen gleichermaßen)<sup>5</sup>.

### III. ORGANISATION DER GLEICHHEIT

Wenn »dem Menschen« (als Typus) die ontische Qualität der personalen Würde und damit das politische Recht auf Freiheit zugesprochen werden, dann muß diese qualitative Zuordnung bei ihrer Übertragung in die quantitativen Dimensionen (der Gesellschaft) bedeuten, daß allen Menschen dieselbe und gleiche Qualität zu eigen ist, daß also das abstrakte Prinzip der Gleichheit konkret in der Gesellschaftsgestaltung aller (derart qualifizierter) Individuen zu realisieren sei, d. h. politisch und staatlich organisiert werden muß. Insofern sind auch die den Grundrechtsartikeln des Grundgesetzes nachfolgenden, die formale und zugleich materiale Staatsorganisation der Bundesrepublik Deutschland betreffenden Artikel noch von funktional vermittelnder, dennoch prinzipieller Bedeutung für die Freiheitsgestaltung und Freiheitswirklichkeit unserer Gesellschaft.

---

<sup>5</sup> Daß für Christliche Gesellschafts- und Staatslehre eine schöpfungstheologische Begründung des Freiheitsprinzips für den Menschen als eines Ebenbildes Gottes möglich ist, sei nur erwähnt; wir verzichten hier auf diese Einbeziehung, um zu verdeutlichen, daß es eben bereits einen *vor*-theologischen Konsensus zu Personalität und Freiheit als den säkularen Kategorien jeglicher menschlicher Ordnung geben kann und daß dieser Konsensus gleichermaßen Sozialisten, Liberale und Christen verschiedener Konfession einen kann.

Die zahlreichen staatsorganisatorischen Folgerungen – vom Gebot z. B. über die demokratische Binnenstruktur politischer Parteien, wie es ein Parteiengesetz zu organisieren habe, bis hin zum verfassungsgerichtlichen Verbot mancher beschlossener Gesetze, weil diese der Freiheitskategorie und der Persönlichkeitswürde des einzelnen widersprechen (so zuletzt 1981 im Familien- und Ehescheidungsrecht) – erfahren intentional und final alle ihre Begründung aus den zentralen philosophischen Kategorien des Grundrechte-Katalogs. Insofern sind sie in ihrem philosophischen Ursprung deckungsgleich mit den zentralen Kategorien der Grundwerte-Diskussion. Den Grundrechten jedoch ist die Justitiabilität zueigen, sie sind einklagbar und werden damit allgemein verbindlich.

Die Grundwerte bleiben demgegenüber Postulate; sie brauchen nicht gesamtgesellschaftlich akzeptiert zu werden, und ihr inhaltlicher Anspruch ist offen, nicht präzise begrenzt. Die Diskussion solcher Grundwerte im letzten Jahrzehnt zeigt sogar an, daß solche inhaltliche Bestimmtheit des Grundwerte-Komplexes eben gerade nicht der Fall ist, auch wenn die Freiheit und die Würde der Person bei allen politisch-theoretischen und philosophischen Kontrahenten die inhaltlichen Prämissen und zeitlosen Kategorien des Wertesystems darstellen. Es ist die alte (ontische) Spannung zwischen Freiheit und Gleichheit, die in solchen Kontroversen um die Grundwerte und ihre politisch »machbaren« Konsequenzen zum Ausdruck kommt. Diese Spannung ist weder zeitgebunden für unsere Gegenwart noch typisch allein für unsere westliche Kultur, sondern ist typologischer Natur. Sie ist sowohl in verschiedenen historischen Epochen als auch in unterschiedlichen Kulturen gleichermaßen vorhanden.

Das in Art. 3 des Bonner Grundgesetzes formulierte Prinzip der Gleichheit findet seine besondere organisatorische Ausformung in den Grundrechtsbestimmungen über Schutz von Ehe und Familie und über die (scil. der Gleichheit) der nichtehelichen Kinder (Art. 6). Gleichheit als soziales Wertziel liegt auch den Vorschriften nach Art. 7 zugrunde, in denen ein gleichartiges und damit letztlich das Ziel der sozialen Gerechtigkeit erstrebendes, gleichwertiges und gleichwertige Bildungschancen erstrebendes Schulwesen staatlich postuliert wird.

Als Korrelat-Kategorien zu dem Anspruch auf Gleichheit des einzelnen gegenüber dem und in dem Kollektivum besteht umgekehrt der Anspruch der Gesellschaft und des Staates gegenüber dem einzelnen. Das wird vom Grundgesetz in den wiederum besonderen, nämlich konkret organisierbaren Pflichten des einzelnen formuliert, wie in der Wehr- und Dienstpflicht oder in der Einschränkung einzelner Grundrechte zwecks Vertei-

digungs- und Ersatzdienstpflicht (Art. 12a und 17a). Die Verpflichtungsregelung ist selbst in den Vorschriften für den Sonderfall enthalten, daß ein Bürger den Anspruch auf Grundrechte infolge Mißbrauches verwerke. Auch die sozialpolitisch – grundsätzlicher noch: ordnungspolitisch – so bedeutsamen Artikel 14 und 15 über die Garantie des Privateigentums und des Erbrechts, zugleich aber auch über die Sozialpflichtigkeit des Eigentums und die Möglichkeit zur Enteignung und Sozialisierung sind gleichermaßen Ausdruck der »Zwei-Dimensionalität« von Anspruch und Pflicht, von Gebot und Verbot, wie sie aus dem Gleichheitsprinzip des einzelnen erwachsen.

Diese Zwei-Dimensionalität, dieser Dualismus, ja: diese Dialektik von philosophischer Prämisse und gesellschaftlich-staatlicher Organisation bzw. von Individualität und kollektiver Einbindung, von Anspruch des einzelnen an Gesellschaft und Staat und Anspruch der sozialen Gebilde an den einzelnen, begründet den Umstand, daß in dem wertorientierten Denken und gleichermaßen im praktisch-politischen Tun immer wieder um den Ausgleich, aber auch um die Gewichtsverlagerungen zwischen den beiden Wertpolen kontrovers gerungen wird und immer wieder erneut gerungen werden muß.

Nimmt man dann noch das in Art. 20, Abs. 4 garantierte, wengleich situativ begrenzte, Widerstandsrecht hinzu, das im Textzusammenhang mit der Begründung einer föderativen Gestaltung der Staatsordnung steht, die ihrerseits eine staatsorganisatorische Vorkehrung gegen den Machtmißbrauch darstellt und als vertikale Gewaltenteilung zu begreifen ist, so ist damit der rechtlich normierte Katalog von Wertprämissen und ihrer organisatorischen Verwirklichung bereits erschöpft.

#### IV. WERTE ALS POLITISCHER KONSENS

Demgegenüber ist jeglicher Katalog von Grund-»Werten« offen, ergänzungsfähig, inhaltlich nicht begrenzt, möglicherweise nicht nur dialogisch, sondern auch dialektisch veränderbar, nämlich – je nach geschichtlicher Situation – paralyisierbar und sogar pervertierbar. Hier liegt der Grund für den kontroversen Charakter der Diskussion um die Grundwerte: Der Dissensus über den Konsensus legitimiert sich gleichermaßen aus der Unbestimmtheit und aus der Inkommensurabilität der philosophischen Inhalte und ebenso aus der Unbestimmtheit und Unüberprüfbarkeit der Zuordnung von werthaften Prämissen zum funktionalen Organisationsschema eines lebendigen sozialen Gemeinwesens, das poli-

tisch verfaßt, also durch Machtverhältnisse konkret strukturiert und organisiert wird.

Inhaltlich könnte man die Grundwerte approximativ erfassen, wenn man sich etwa die Nomenklatur eines Lexikons für (politische oder soziale oder wirtschaftliche) Ethik vergegenwärtigt. Dennoch hielte man dann (selbst bei aller philosophischen Systematik) kaum alle »Teile in seiner Hand«; das fehlende »geistige Band«, von dem Mephisto so zynisch spricht<sup>6</sup>, wäre nicht einmal durch die Entwicklung eines geschlossenen philosophischen Systems hinsichtlich unserer Problematik »Grundwerte« gegeben<sup>7</sup>. Vielmehr bedarf es der spezifischen Zuordnung der Philosopheme zum »Lebendigen« des sozialen Daseins, d.h. zu den Funktions-*Mechanismen* und zu den *Prozessen* der Staats- und Gesellschaftsorganisation, der Zuordnung des philosophischen Denkens zu den Profanitäten des politischen Funktionierens, zum »Betrieb« von Gesetzgebungsverfahren, Rechtssprechung und politischer Willensbildung in einem parteienstaatlich organisierten parlamentarischen System, der Zuordnung der politischen Idee zur politischen (Verfassungs-)Wirklichkeit.

Dieses Spannungsverhältnis zwischen liberal-staatlicher Idee und liberal-staatlicher Organisationswirklichkeit, das bereits die Grundrechtsartikel kennzeichnet, ist es auch, das die »Grundwerte«-Debatte inhaltlich ausweitet und deshalb so leicht kontrovers, z.T. auch beliebig werden läßt. In dieser Studie interessiert uns, wie dieser Kernbestand von Werten, inhaltlich nicht eindeutig festgelegt, an den Rändern des Kerns ausfasernd, auf den Weg gelangt in das politische Denken und in das

---

<sup>6</sup> *Johann Wolfgang von Goethe*, Faust, Erster Teil (1808), Vers 1938f.: »Dann hat er die Teile in seiner Hand, fehlt leider nur das geistige Band«. Hamburger Ausgabe 3, Edition Trunz, 21954, 63; ebenso bereits im Faust-Fragment (1790), Vers 417f., in: (Ost-) Berliner Akademie-Ausgabe 24, Bearbeiter: *Ernst Grumach*, Berlin 1954.

<sup>7</sup> Im »Urfaust« (vor 1775) heißt es noch (und dies ist für die oben abgehandelte philosophisch-weltanschaulich-theologische Fragestellung von gewisser Pikanterie): »Dann hat er die Teil' in seiner Hand, fehlt leider nur das *geistlich* Band.« (Hamburger Ausgabe 3, 377, Vers 369f.; Berliner Akademie-Ausgabe 24a, Vers 37f.; dort Synopse mit dem Fragment 24b, Vers 417f.).

Wollte der junge, rationalistisch-unkirchliche *Goethe* dennoch sagen, daß das »geistliche« (= theologische) Weltbild das einzig geschlossene sei, das über die bloße philosophische Deduktion hinausgeht und »das Geistige«, »die Entcheiresis naturae«, allein zu verwirklichen in der Lage wäre? Oder handelte es sich nur um einen Abschreibefehler des Frl. *von Göchhausen*, der wir die Überlieferung des Urfaust verdanken? Das Handschriften-Faksimile des »Ur-Faust« (Akademie-Ausgabe, unpaginierter Anhang) läßt letztere Vermutung jedoch nicht zu. (Zur Entstehungsgeschichte vgl. *Erich Trunz*, Hamburger Ausgabe 3, 476ff.; dort jedoch keine Kommentierung zu unserer weltanschauungsgeschichtlich sehr bedeutsamen Stelle).

Argumentieren einer Gesellschaft. Wie werden Prämissen und Prinzipien, Philosophien und Philosopheme zu Elementen »öffentlicher Meinung«, zu Bestandteilen »politischen Bewußtseins«, gar zu politischen Waffen?

Eine Methode, solchen »Transfer« aus dem Raum wissenschaftlich-philosophischer und wissenschaftlich-theoretischer Diskussion hinüber in die allgemeine politische Debatte und in das (inkommensurable) »politische Bewußtsein« zu erfassen und herauszupräparieren, ist die empirische Methode der »teilnehmenden Beobachtung«: Wir verstehen sie hier im Sinne der Methodologie der akademischen Disziplin der Empirischen Sozialforschung<sup>8</sup>.

Wir werden damit »Reflexionen« verbinden: Überlegungen zu Teilaspekten und zur systematischen Ordnung des »Grundwerte«-Komplexes. Wir begreifen diese Reflexion (noch) nicht als Hypothesenbildung für anschließende Forschungsstrategien. Die Komplexität von (geisteswissenschaftlich zu erschließenden) »Werten« und (sozialwissenschaftlich zu erfassenden) politischen Haltungen und Einstellungen, von politischen Zielen und Strategien, bedingt, daß wir nur behutsam an die »Gelenk-Mechanismen« eben dieses Übertragungsprozesses (vom Geistigen in das Politisch-Organisatorische, in das Konkrete hin) uns herantasten, die Transfer-Mechanismen empirisch »be-greifen«.

#### V. WERTE-TRANSFERS (1): WAHLKÄMPFE

Beispiele konkret organisierter politischer Philosophie finden sich in den Wahlkampf-Auseinandersetzungen<sup>9</sup>.

---

<sup>8</sup> Zur Methodologie vgl. (statt vieler): *René König*, Die Beobachtung, in: Handbuch der Empirischen Sozialforschung, hrsg. von *René König*, Stuttgart 1967, 107ff. (Bd. I), 697ff. (Bd. II); *Peter Atteslander*, Methoden der empirischen Sozialforschung, Berlin, New York <sup>3</sup>1974, 121ff.; *Renate Mayntz u.a.*, Einführung in die Methoden der empirischen Soziologie, <sup>5</sup>Opladen 1978, 87ff.

<sup>9</sup> Aus der politikwissenschaftlichen empirischen Wahlforschung sind für die Bundestagswahlen seit der Installierung der sogenannten »sozial-liberalen« kleinen Koalition zu konsultieren:  
*Werner Kaltefleiter u.a.*, Im Wechselspiel der Koalitionen. Eine Analyse der Bundestagswahl 1969, in: Jahrbuch Verfassung und Verfassungswirklichkeit 5, Köln 1970; *ders.*, Zwischen Konsens und Krise. Eine Analyse der Bundestagswahl 1972, in: Jahrbuch Verfassung und Verfassungswirklichkeit, Köln 1973, Teil I; *ders.*, Vorspiel zum Wechsel. Eine Analyse der Bundestagswahl 1976, in: Schriftenreihe der Bundeszentrale für Politische Bildung 130, Bonn 1977; *Dieter Just/Peter Röhrig*, Entscheidung ohne Klarheit. Anmerkungen und Materialien zur Bundestagswahl 1976, in: Schriftenreihe der Bundeszentrale für Politische Bildung 127, Bonn 1978; Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament 18/1981, vgl. die dort jeweils zahlreich aufgeführte Literatur.

Wir erinnern an den Kampf-Slogan der CDU/CSU zur Bundestagswahl 1976, als (vom Standpunkt dieser Parteien aus durchaus akzeptabel und programmatisch legitimierbar) die gleichermaßen philosophisch wie ordnungspolitisch getränkten Prinzipien und Organisationsysteme polemisch miteinander konfrontiert wurden: »Freiheit« statt »Sozialismus«. Die begleitenden CDU-Attribute »sicher«, »sozial«, »frei« sind ebenso wertgebunden wie der damalige SPD-Slogan »Der bessere Mann muß Kanzler bleiben«, und selbst noch die Rede vom »Modell Deutschland«, das die SPD und ihr Kanzler *Helmut Schmidt* 1980 der Wählerschaft als vorbildlich und als (aus-)zu wählendes, zu bevorzugendes hinstellten, das also als werthaft »besser« anzusehen wäre, zeigte im politischen Kampf die Konfrontation der normativen Orientierungen miteinander und nicht bloß die Konkurrenz der pragmatischen Diskrepanzen und Alternativen.

Eigentlich stellen die Wahlkampfauseinandersetzungen von 1976 und später eine Grundwerte-Diskussion in nuce dar, die freilich von einer intellektuellen politisch-philosophischen oder wenigstens politisch-(bzw. staats-)theoretischen Ebene auf das Niveau eines Schlagworte-Abtausches heruntergestiegen war. Solche Reduktion auf Schlagwörter ist durchaus als legitimiert anzusehen, und sie darf nicht vom Standpunkt intellektueller Überheblichkeit her disqualifiziert werden, bloß weil es sich bei diesem Vorgang um eine Umsetzung von Ideen in die Organisationsform der konkreten Machtkonkurrenz gehandelt hat. Schlagworte – nicht philosophische Systeme – sind die Instrumente der Politik, aber hinter den Schlagworten stehen »Philosophien«; diese sind Basis, Rahmen, Gehäuse von Politik, nicht jedoch Politik selbst.

Die Wahlkampf-Polemik von 1976 signalisierte dem Philosophen und gleichermaßen dem Sozialtheoretiker noch heute, gewissermaßen empirisch gesichert, daß Mitte der 70er Jahre die Diskussion von Normen, von werthaften Prämissen und Zielvorstellungen wieder ihren legitimen Platz im breiten öffentlichen Denken und Sprechen eingenommen hatte. Die ausgehenden 60er Jahre waren noch geprägt gewesen von einer Hinwendung zum Pragmatischen: »Entideologisierung« hieß die Etikette, mit der die geistige Entwicklung der zweiten Hälfte der 50er Jahre und der ersten Hälfte der 60er Jahre gekennzeichnet werden sollte<sup>10</sup>.

Mit hoher Wahrscheinlichkeit trifft die Beobachtung zu, daß der Wechsel von der »Kleinen« (CDU/CSU-FDP) Koalition über das Zwischenstück

<sup>10</sup> Vgl. *Joachim Wiesner*, Weltanschauung und Entideologisierung in der Politik. Zur Grundsatz-Problematik politischer Parteien in der Bundesrepublik, in: *Die Neue Ordnung* 22 (1968), 168 ff.

»Große Koalition« (CDU/CSU-SPD) zur »Kleinen« (SPD-FDP) Koalition nicht nur eine Frage des Wechsels von Macht-Positionen durch verschiedene Positionsinhaber gewesen ist, sondern auch ein Signifikanz-Kriterium für den sozialen und gleichermaßen geistigen Wandel darstellt<sup>11</sup>. Dieser Wandlungsprozeß in der Nachkriegsgeschichte vollzog sich vom Wiederaufbau (und dem damit verbundenen, insbesondere von Teilen der jetzigen jungen Generation gescholtenen »Konsum«-Denken) zu neuen werthafte(n) Zielen, zu gleichermaßen emotionalen wie rationalen Utopien hin. Wenn man demgegenüber die Wahlkampfparolen von 1969 in Erinnerung bringt – CDU/CSU: »Auf den Kanzler kommt es an« (*Kiesinger*) versus SPD: »Wir schaffen das moderne Deutschland«, und: »Wir haben die besseren Männer« –, so wird darin der damalige bloße Funktionalismus und Pragmatismus der Politikentscheidung zugunsten von Positionsinhabern (Kanzler versus bessere Männer) deutlich, und nur zaghaft werden – zuerst bei der SPD – auch werthafte Ziele einer »besseren«, weil »moderner« Staatsgestalt erkennbar.

Aber schon 1969 stellte die Wiederentdeckung des Begriffs »Deutschland«, und zwar ausgerechnet durch die in ihrer Tradition doch internationalistisch orientierten Sozialdemokraten, ein durchaus geistesgeschichtlich bedeutsames Novum dar, nachdem für die Nachkriegszeit der Mißbrauch des Sinnkomplexes »Deutschland – Nation – Deutsches Volk – Nationales Bewußtsein« infolge des faschistischen Mißbrauches durch die Hitler-Tyrannie gründlich diskreditiert worden war. Aber folgerichtig formulierte *Willy Brandt* als Kanzler für den vorzeitig notwendig gewordenen Wahlkampf von 1972 ein einprägsames und erfolgsträchtiges Schlagwort: »Deutsche, wir können wieder stolz sein auf unser Land.«

In Verbindung mit der seinerzeit lebendigen Diskussion über »Fortschritt« und »(innere) Reformen«, über »progressiv«, »neu« und »jung« wurde deutlich, daß eine tatsächliche neue Phase der Nachkriegszeit anbrach und durch neue werthafte – wenngleich säkularisierte – Haltungen gekennzeichnet war. Dennoch waren diesen neuen Werthaltungen durchaus pragmatische Funktionen zueigen: Wer »fortschrittliche«, »reformierte«, »progressive«, »neue« und »junge« Politik machte (was

---

<sup>11</sup> *Arnulf Baring* in Zusammenarbeit mit *Manfred Görtemaker*, Machtwechsel. Die Ära Brandt-Scheel, Stuttgart 1982, zeichnet eine durchgehende Linie von der »Krise der Union« über Personen- und Institutionsfragen der »Großen Koalition« mit der Präsidentschafts-Kandidatur und -Wahl *Gustav Heinemanns* hin zum politischen Jugendprotest der »APO« und der sogenannten »Studentenbewegung« und damit zur geistigen und gleichzeitig machtpolitischen Institutionalisierung der kleinen Links-Koalition *Brandt-Scheel*.

immer das auch inhaltlich sein sollte), konnte Zustimmung, Wahlsieg und Machterhalt erhoffen.

Die Parteien bildeten damals unbestreitbarerweise (und bilden auch derzeit noch) einen wichtigen Sonderbereich für die allgemeine Grundwerte-Debatte und deren Umsetzung, wobei die CDU (mehr noch als die CSU) ein »Ideologie-Defizit« bis weit über das Jahr 1972 hinaus zu verzeichnen gehabt hat. Im Ablauf der zahlreichen innerparteilichen Diadochen-Kämpfe in der Nachfolge *Adenauers*, in der Orientierung auf konkrete Erfolge und praktische Politik hin und auf einzelne Personen, die man (mangels programmatischer Stringenz) als »personalisierte Programme« ausgab, war ein Abbau, geradezu ein Verfall an Substanz politischer Philosophie bei der einstmaligen Regierungspartei erkennbar gewesen. Mit einer Grundsatzdiskussion transferierten CDU und CSU philosophische Grundwerte in praktische Politik und damit in politische Öffentlichkeit<sup>12</sup>.

Demgegenüber hatten die Sozialdemokraten und die Freien Demokraten ihren historischen Vorrat an zukunftssträchtiger Philosophie, an politischer Utopie, die sie plausibel machten, schon in den 60er Jahren aktiviert. Die Liberalen veröffentlichten bereits zum Jahresende 1968 (also während der Großen Koalition von CDU/CSU-SPD und fast ein Jahr vor der Bundestagswahl 1969) die neue – unstreitig zeitgeist-einfühlsame – Strategie mit dem Schlagwort »Wir schaffen die alten Zöpfe ab – F.D.P.« Ein Wahlkampfspruch wie derjenige der FDP von 1972 »Vorfahrt für Vernunft« (und dazu noch optisch verknüpft mit dem Verkehrszeichen für Vorfahrtsstraße – einem nach oben gerichteten Pfeil) lag genau auf dieser Linie. Solche empirischen Befunde erhellen schlag-

---

<sup>12</sup> Aus den zahlreichen Publikationen seien genannt: CDU Grundsatzdiskussion. Beiträge aus Wissenschaft und Politik, hrsg. von *Richard von Weizsäcker*, München 1977 (mit wichtigen Grundwerte-Beiträgen von *Hermann Krings* und *Wolfgang Kluxen* (philos.), *Erwin Wilkens* (ev.-theol.) und *Manfred Hättich* (politikwiss.); Die CDU und ihr Programm. Programme, Erklärungen, Entschließungen, hrsg. von *Bruno Heck*, Melle 1979 (dokumentiert alle Nachkriegsprogramme seit 1947 sowie Resolutionen, Manifeste u. ä., 1950–1979); ein kritisches Forum, das sich mit der CDU beschäftigt, bietet hierzu: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament 51–52/1979 (mit Beiträgen aus der Sicht der SPD und FDP); die Grundsatz-Diskussion in der CSU, die die Grundwerte-Frage einschließt, ist dokumentiert durch: Kommission für Grundsatfragen der CSU – Gedanken zum Grundsatzprogramm. Zwischenbericht, hrsg. von der CSU-Landesleitung; dies., Entwurf für ein Grundsatz-Programm der Christlich-Sozialen Union, München 1978; die wissenschaftlich-publizistische und praktisch-politische Prinzipien- und Programmdebatte der CSU ist dokumentiert in den beiden Sammelbänden: Die Grundsatz-Diskussion in der CSU I und II/III, hrsg. von *Peter Gutjahr-Löser* und *Theo Waigel*, München 1981 (= Berichte und Studien der Hanns-Seidel-Stiftung, Bde 12–13/14).

lichtartig die geistige Situation jener Jahre, in der praktische Politik zukunftsgerichtet aufgefüllt und zugleich werthaft legitimiert wurde<sup>13</sup>. Auf solchem praktisch-propagandistischen Wege drang Werthhaftigkeit in das Bewußtsein der Öffentlichkeit ein und bewirkte somit Identifikationen und löste Identifikationsprozesse aus, die sich letztendlich ihrerseits in Zustimmung beim Wahlakt ausformten. Der »Transfer« von politischer Philosophie in politische Praxis, dem nachzuspüren wir uns – wie zuvor dargelegt – vorgenommen haben, hat hier eine seiner Bahnen. Die Effizienz dieses Transportes von Philosophien und Ideen in politische Programmatik und gesellschaftliches Bewußtsein ist zugleich in gewissem Umfange verknüpft mit dem zeitgenössischen »politischen Klima« jener Jahre.

Im Gefolge der »Großen Koalition« aus SPD und CDU/CSU und ihrer Politik (z. B. Verabschiedung der Notstandsgesetze) war eine außerparlamentarische Oppositionsbewegung mit stark linksextremen Komponenten entstanden, die sogenannte »APO«. Durch sie wurde die deutsche Politik reideologisiert<sup>14</sup>. Zwischen 1969 und 1972 war in der Bundesrepublik Deutschland unstreitig eine kollektive Sensibilisierung für Werthaf-

<sup>13</sup> Dennoch hat offenkundig die FDP ein Grundwerte-Theorie-Defizit. Alt-Bundespräsident *Walter Scheel* forderte anlässlich der Verleihung des Theodor-Heuss-Preises am 11. 2. 1977 in allgemeiner Form eine Belebung der Grundwerte-Diskussion in den Parteien durch die Bürger (hier zitiert nach: Bulletin, hrsg. vom Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Bonn Nr. 13 (1977), 117 ff.), was man durchaus als eine zwar allgemein verkleidete, jedoch speziell an die FDP gerichtete Aufforderung deuten kann. – Nicht zuletzt aus dieser philosophisch-politiktheoretischen Verengung, die durch eine mehr als zwölfjährige Koalitionsbindung an die SPD noch verstärkt werden kann, ist der FDP sowohl aus SPD wie CDU und CSU sogar das Prinzip *liberal* in ihrem Wertekatalog streitig gemacht worden, und zwar außer in deren spezieller Programmdiskussion während der siebziger Jahre dezidiert durch »Forum Liberal Heute« der CDU-Hessen, Eschborn, 1. Juli 1978 (mit Beiträgen von *Kurt Biedenkopf*, *W. Hoppmann*, *Ch. Watrin u. a.*; hier zitiert nach dem vielfältigen Tagungsbericht der CDU-Hessen).

Aus der zahlreichen Literatur zu den geistigen Grundlagen des Liberalismus verweise ich stellvertretend auf *Friedrich C. Sell*, *Die Tragödie des deutschen Liberalismus*, Stuttgart 1953, 299 ff.; *Barthold C. Witte u. a.*, *Grundsätze liberaler Gesellschaftsordnung*, in: *Menschenwürdige Gesellschaft II*, München, Wien 1969, 113 ff. (= Geschichte und Staat 125/126 II).

<sup>14</sup> Eine Analyse der damaligen Diskussion bietet ein kritischer Literaturbericht des Verfassers; vgl. *Joachim Wiesner*, *Studentenprotest, Außerparlamentarische Opposition und Gesellschaftsrevolution in den sechziger Jahren. Selbstverständnis, Vorgänge und Kritik im Spiegel der Literatur*, in: *Die Neue Ordnung* 24 (1969), 252 ff.; ebenda, 334 ff.

Langsam beginnt die sozialwissenschaftliche und zeitgeschichtliche Forschung diese bedeutsame Phase der Nachkriegsentwicklung als Aufgabe zu erkennen. Unbestreitbar steht sie in einem kontinuierlichen Zusammenhang mit den aktuellen Protest- und Alternativ-Bewegungen in der Bundesrepublik Deutschland.

tes eingetreten, was für die Folgezeit zugleich die Emotionalisierung und damit auch die Heftigkeit der parteipolitischen Kontroversen zwischen SPD und FDP einerseits und CDU/CSU andererseits bewirkte. Darin wurde etwa die Ostpolitik der Regierung *Brand/Scheel* (bezeichnenderweise als »*Neue Ostpolitik*« deklariert) nicht zu einer Methode von Konfliktminimierungs-Politik, wie das gemeinhin alle Politik sein soll, sondern wurde nachgerade zur Friedensphilosophie und zur Friedenspolitik »erklärt«, bis schließlich ihr Hauptakteur – Bundeskanzler *Willy Brandt* – insbesondere in der Wahlkampfphase von 1972 sogar sprachlich zum »Friedenskanzler« stilisiert wurde. Noch 1981 haben die Sozialdemokraten die Kategorie »Frieden« unbekümmert für sich als parteispezifisch reklamiert: die SPD sei »*die eigentliche* Friedensbewegung in unserem Land«, schreibt *Willy Brandt*: »Die Friedenspartei SPD«<sup>15</sup>.

## VI. WERTE-TRANSFERS (2): POLITISCHE SPRACHE

Vorstehender Exkurs in die Werkstatt der politischen Ideenmacher zeigt, daß tradierte Werte auch in Phasen des pragmatischen Rationalismus und der Entideologisierung binnen kurzem reaktiviert werden können. Pragmatismus und Ideen-Leere sind offensichtlich miteinander verknüpft; aus dem Werte-Vakuum erwächst die Sinnkrise einer Zeit. Die Rückbesinnung auf den »Sinn« (scil. des Lebens, des Handelns, der Politik) begründet die Chance für die Reaktivierung tradierter – genauer: überzeitlicher, weil anthropologisch grundlegender – Werte. Denn es ist kaum bestreitbar: Die Werte unserer Zeit sind (bei mancher sprachlicher Identität) nicht die inhaltlich selben Werte wie in vergangenen (zeit-)geschichtlichen Phasen, wie sie etwa die nationalstaatliche Ideologie des Kaiserreichs oder gar des Nationalsozialismus gekennzeichnet haben oder wie sie auch in den nationalistischen Kontroversen der Weimarer Republik vorherrschten. In unserer zeitgenössischen Diskussion um politische »Grundwerte« handelt es sich vielmehr um einen Kernbestand solcher allgemein-menschlicher – es sei wiederholt: anthropologischer – Werte von demokratie-politischer Relevanz: Freiheit, Gleichheit, Gerechtigkeit, die zugleich Konstituenten der Grundrechts-Systematik sind.

---

<sup>15</sup> »Die Friedenspartei SPD. Argumente, Grundpositionen und Stellungnahmen zur deutschen Friedenspolitik 1981. Forum SPD Frieden«, hrsg. vom Vorstand der SPD, Bonn (Mai) 1981 (mit der erstzitierten Passage von *Willy Brandt* im Vorwort, dort mit der Unterstreichung von »*die eigentliche* politische . . .«).

Als neue Werte sind politisch gestaltungsmächtig geworden: Solidarität, Emanzipation (der Persönlichkeit), politische Ordnung, Gemeinsamkeit. Sie stellen ein Bündel von inhaltlich zwar differenzierten, aber gesamtgesellschaftlich gleichgewichteten, nämlich latent allgemein-verbindlichen Wertidentifikationen dar. Aus dem engeren Kreis philosophischer Betrachtung treten sie heraus und werden zu Gegenständen eines allgemeineren Reflektierens; sie treten somit ein in die Funktion als normative Bezüge politischer Wirklichkeit.

Autorität, Legitimität, Demokratie, Gesellschaft (übrigens statt: Staat), Konstitutionalismus und Verfassungsordnung mag man zunächst als politik- und staats-theoretische Kategorien ansehen; aber sie alle sind in der Diskussion der 70er Jahre zu Prämissen werthafter Bemühung verschiedener Seiten um Gesellschaft und Staat überhaupt geworden. Vor allem aber haben Worte und Begriffe wie »sozial«, »sozialistisch«, »(demokratischer) Sozialismus« eine oftmals geradezu irrationale zentrale Bedeutung erlangt. In Gewerkschaften, in der Sozialdemokratischen Partei (insbesondere bei den Jungsozialisten), in Akademien, Seminaren und in der Wissenschaft hat die Theorie-Diskussion über den Sozialismus in den 70er Jahren einen erstaunlichen Umfang angenommen, und von hier aus ist die Debatte bewußtseinsbildend auch in die unteren Parteigliederungen, vor allem jedoch in theoretisch-programmatische Konzepte gedrun-gen. Gerade die SPD hat einen entscheidenden Beitrag zur Entwicklung eines (ggf. kontrovers agierenden) Wertbewußtseins geleistet<sup>16</sup>.

---

<sup>16</sup> Ihren gesellschaftspolitischen Niederschlag hatte diese sozialdemokratische Entwicklung in den beiden politischen Konzeptionen der »Orientierungsrahmen . . .« erhalten, die wegen ihrer sozio-ökonomischen und politisch-theoretischen Komplexität hier gar nicht erst zu behandeln versucht werden können (vgl. Ökonomisch-politischer Orientierungsrahmen für die Jahre 1975–1985, hrsg. vom Vorstand der SPD, Bonn (Nov.) 1975; dort für unsere Thematik insbesondere das Eingangskapitel »Ziele des demokratischen Sozialismus«). Dieser »Transfer« von Wertvorstellungen (die nicht nur Grundwerte im engeren Sinne sind) zur Gesellschaftsumwandlung ist zudem nicht voll inhaltlich gelungen, so wie Parteiprogramme in der Regel nie buchstabengetreu verwirklicht werden können (schon gar nicht in Regierungssystemen mit Koalitionstyp der Regierung).

Aber die Sozialdemokraten haben (neben der katholischen Kirche und ihren Verbänden) gewissermaßen die Federführung in der Grundwerte-Auseinandersetzung gehabt. Von den Publikationen der eigens eingesetzten Grundwerte-Kommission beim SPD-Parteivorstand sind (außer der in Anmerkung 1 bereits genannten Veröffentlichung) aufzuführen: Theorie und Grundwerte. Grundwerte in einer gefährdeten Welt, vorgelegt von der Grundwerte-Kommission beim SPD-Parteivorstand, hrsg. vom Vorstand der SPD, Bonn (20. September 1977); Die Arbeiterbewegung und der Wandel gesellschaftlichen Bewußtseins und Verhaltens. Ein Diskussionspapier der Kommission Grundwerte beim SPD-Parteivorstand, hrsg. vom Vorstand der SPD, Bonn (Februar 1982); diese umfassende Ausarbeitung greift neue, wertrelevante Fragestellungen auf (es werden

Auch der Begriff der Vernunft hat seine Karriere aus der Geschichte der Philosophie in die zeitgenössische politische Praxis gemacht. Vernunft ist eine ursprünglich wissenschaftliche, erkenntnis-philosophische Kategorie, die als Prinzip das Zeitalter der Aufklärung gestiftet hat. Wie das Zitat von der »Vorfahrt der Vernunft« aus dem Bundestagswahlkampf von 1972 zeigt, ist ein solcher (zur kleinen Scheidemünze des Sprachgebrauchs gewordener) Begriff durchaus auch eine politisch-aktuelle, weil Identifikationen stiftende, vorwärts gerichtete (und keineswegs nur liberal-parteiliche) Utopie für viele.

Als Transporteure dieser popularistischen Verbreitung und Verbreiterung von Wörtern, die gleichermaßen philosophische Kategorien und sprachliche Alltagswörter sind, stellen sich vor allem die Medien der öffentlichen bzw. veröffentlichten Meinung dar; aber sie sind es nicht allein, sondern auch die politischen Partei-Konkurrenten mit ihren regelmäßig wiederkehrenden Wahlkampagnen hämmern die neu bewerteten und umgewerteten, ja sogar »umgeworteten« Begriffe in das Bewußtsein einer breiten Öffentlichkeit.

Frieden, Toleranz, aber auch konträre Begriffe wie Widerstand und Protest, sind »Werte« und nicht nur »Rechte«. Sie sind nicht nur Theoreme aus dem Denkkarsenal der bürgerlichen liberalen Philosophie und Demokratie-Theorie, sondern sie sind zu Prinzipien von funktionaler Relevanz (ggf. auch von Dysfunktionalität) geworden.

Die mächtige Grundwoge der jungen »Friedensbewegung« beweist – bei aller kontroversen Natur – die mobilisierende Dynamik solcher Prinzipien.

Von Ehre – Freiheit – Vaterland – wie sie als Trias im politischen Denken der ersten Jahrhunderthälfte vorherrschten, war nach dem Zweiten Weltkrieg keine Rede mehr. Aber Appellworte wie Einigkeit, Sicherheit (letzterer Begriff übrigens ein indirekter Aufruf an das Gegenteil von Angst) waren oft in jüngster Zeit zu hören: Derartige Appellworte haben auch eine Beschwörungsfunktion, ausgerufen mit der Absicht, das zu bewirken, was wir heute methodisch-sozialtheoretisch »Integration« nennen. Selbst ein so emotional aufgeladenes Wort wie Treue kam zu

---

insbesondere sozio-ökonomische Kategorien diskutiert, nämlich Leistung, Wachstum, Mensch-Natur-Verhältnis, Verteilungskampf).

Vor allem einige der Professoren unter den Kommissions-Mitgliedern (*Fritz Vilmar, Alexander Schwan, Richard Loewenthal* und *Günter Brakelmann*, neuerdings auch *Gesine Schwan*) haben mit ihren verschiedenorts publizierten Beiträgen einen hohen Standard der Grundwerte-Diskussion gesetzt; vgl. dazu außerdem noch die Schrift des Kommissions-Mitgliedes *Thomas Meyer*, *Grundwerte und Wissenschaft im Demokratischen Sozialismus*, Berlin, Bonn 1978.

Beginn der 70er Jahre wieder zu Ehren. *Willy Brandt* sprach in einer seiner beeindruckenden Wahlveranstaltungen von 1972 von der Barmherzigkeit, als er über den sozialen Ausgleich und die Gerechtigkeit meditierte. Die emotionale Wiederentdeckung der Heimat, die Beliebtheit von Folklore, die Karriere der sogenannten Nostalgie gehören in diesen Kontext.

## VII. WERTE-TRANSFERS (3): GESELLSCHAFTSPOLITISCHE KONZEPTE UND WISSENSCHAFT

In diesem Begriffsfeld der – den engeren Kreis präziser »Rechte« überschreitenden – Werte begegnen wir einem merkwürdigen Phänomen: Die Spätnachfolger der pragmatischen, ja sogar der z. T. negativen Sozialphilosophie haben in der Bundesrepublik Deutschland ihre hohe geistige Blüte erlebt und zugleich die praktisch-politischen Erfolge ihrer Durchsetzung in gesellschaftlichen Teilbereichen errungen, und zwar in zeitlicher Parallele mit eben dieser Wertediskussion. Die heftige Debatte um die Rahmenrichtlinien für den Schulunterricht verschiedener Fächer in Hessen und Nordrhein-Westfalen konzentrierte sich um Begriffe wie Konflikt, Vermeidung von Ausbeutung, um Emanzipation, Selbstverwirklichung usw., also um einen Kranz von Werten, deren negative Gegenbilder dieser Nachkriegsgesellschaft und ihrem Staat angelastet wurden<sup>17</sup>.

Der Begriff der Emanzipation (z. B. des Individuums aus den kollektiven Zwängen einer traditionellen Staatsgewalt oder der Frauen aus den tatsächlichen oder hypothetischen Zwängen der patriarchalischen Tradition) wurde – nicht zuletzt wegen seiner marxistischen Implikationen – zu einer ambivalenten Wertekategorie. Von den einen als Zukunftsperspektive hochstilisiert, wurde sie von den anderen als eine Art geistiges »Trojanisches Pferd« für den Einbruch in ein tradiertes »abendländisches« Wertesystem befürchtet. Aus der politischen Diskussion und aus der kontroversen politischen Philosophie (etwa der sog. »Frankfurter Schule«) gelangte ein solcher Wertbegriff über die normative Vorgabe in den Schul-Ministerien und Richtlinien-Kommissionen in die Klassenzim-

---

<sup>17</sup> Zu einem Zeitpunkt, als man in der öffentlichen Diskussion noch gar nicht von »Grundwerten« redete, hat der Verfasser in der Kontroverse um die Unterrichts-Richtlinien (gewissermaßen aus grundwerte-theoretischer Sicht) Stellung bezogen; vgl. *Joachim Wiesner*, *Gesellschaft – Staat – Persönlichkeit und Freiheit. Zum Verhältnis der politik-theoretischen Kategorien in den »Richtlinien für den Politik-Unterricht« des Kultusministers des Landes Nordrhein-Westfalen*, Bonn 1974 (= Materialien zur Schul- und Hochschulpolitik, hrsg. vom Vorstand des Bundes Freiheit der Wissenschaft).

mer, in die Sprache und in das Denken der Jugendlichen und von hier aus in eine kollektive Bewußtseinsbildung – ja allgemeiner noch: in die konkrete Welt-Neuorientierung der Kinder und damit in die Weltanschauung der nächsten Generation.

Auch die Auseinandersetzungen um die Änderung des § 218 des Strafgesetzbuches (Abtreibung) haben im neuen Wertbegriff der Emanzipation ihre systematisierenden Bezüge. Wie im Schul- und Bildungsbereich wird auch an diesem Problemkomplex erkennbar, daß hier Werte als geistige Prinzipien mit konkreten sozialen Teilbereichen und den ihnen zugeordneten Wissenschaften in einem dialogischen und dialektischen Zusammenhang stehen. Dieses Beispiel der Abtreibungsdiskussion und seiner politischen Behandlung belegt, daß zur Gewinnung einer Beurteilung von Wert bzw. Un-Wert des Schwangerschaftsabbruchs interdisziplinäre wissenschaftliche Fragestellungen entstehen, deren Resultate je nach Wertprämisse niemals eindeutig sein können, deren Bewertung deshalb immer offen bleiben muß, je nach der bereits eingenommenen weltanschaulich-normativen Position des Bewertenden.

Aber die Philosophie und die Theologie vom Person-Sein, vom (biologischen) Beginnen und Wachsen der Persönlichkeit ist unlösbar verknüpft mit den Erkenntnissen von Naturwissenschaft und Medizin. Jegliche politische Bewertung des Abtreibungsproblems setzt deshalb wertrelevante Prämissen bereits durch Abschluß oder Einbeziehung solcher naturwissenschaftlich-medizinischer Kenntnisse voraus. Gesellschaftlich-politisches Wertebewußtsein wird mitgestaltet durch Erkenntnis-Selektion und Erkenntnis-Manipulation im vopolitischen, nämlich wissenschaftlichen Bereich.

Von den wissenschaftlichen Disziplinen her erwachsen gleichermaßen Unterstützung werthafter Positionen als auch ihre Bekämpfung. Die Komplexität moderner wissenschaftlicher Erkenntnisse macht die Wertentscheidungen für denjenigen, der sich mit derartigen kontroversen Sachproblemen befaßt, undurchschaubar. Für viele, die an der öffentlichen Diskussion (gefragt oder ungefragt) teilgenommen haben, ist der eigentliche Gegenstand der Diskussion oft schon nicht mehr erkennbar, ist vielmehr die Auseinandersetzung als solche in den Vordergrund getreten und zum sinnhaften Zweck der Debatte geworden. Die Manipulations-Gefahr, zugleich die Manipulations-Chance für den absichtlichen Mißbrauch, sind offenkundig. Die Transfer-Straße von der sozial eng begrenzten Wissenschaft in die gesellschaftliche Dimension ist jedoch im Falle jeder Disziplin so spezifisch angelegt, daß – bei den Techniken und Technologien anders als bei den Geisteswissenschaften – dieser »Trans-

port-Kanal« oder (um ein anderes Bild zu gebrauchen) dieser »Gelenk-Mechanismus« im Rahmen dieser Studie gar nicht im einzelnen herauspräpariert, detailliert und zulänglich beschrieben werden kann. Wir beschränken uns deshalb darauf, ihn lediglich als solchen in seiner Transfer-Funktion zu identifizieren.

Die Wertediskussionen wurden und werden jedoch nicht nur allein im Hinblick auf die einzelne Person geführt, sondern nicht zuletzt (und auch besonders heftig) im politischen Gestaltungsraum für die Ordnung des kleinsten gesellschaftlichen Bausteins, nämlich im Hinblick auf die innere Ordnung der Familie. Der »Zweite Familienbericht der Bundesregierung« (1975) geriet mit seinen wissenschaftlichen Stellungnahmen und Gutachten gleichermaßen in die philosophische, ordnungspolitische, theologische und politische Schußlinie – offensichtlich nicht zu Unrecht, wie die völlig andersartige Konzeption des nachfolgenden »Dritten Familienberichts der Bundesregierung« (1979) zeigt. Die familientheoretische und familien-politische Diskussion war gekennzeichnet von der Auseinandersetzung konkurrierender Werthaltungen bei Wissenschaftlern und Politikern, letztlich also von einer ordnungspolitischen Gestaltungsabsicht gegenüber der Familie als eines Bausteins der Gesellschaft. Diese Absicht zeigte sich bereits in der Auswahl der Berater und der ihnen zueigen gewesenen Werthaltungen und Weltanschauungen. Von den Autoren wurde seitens der Auftraggeber nicht lediglich rationale Politikberatung erwartet, sondern kämpferisch-flankierende Unterstützung bei der politischen Absicht der normativen Umorientierung von Gesellschaft und Gesellschaftsgestaltung.

Für den Grundwerte-Teilkomplex Gerechtigkeit/Solidarität, der insbesondere auch in der industriellen Arbeitswelt verwirklicht werden muß, ist Wissenschaft von politischen Instanzen durch das Forschungsförderungsprogramm »Humanisierung des Arbeitslebens« dienstbar gemacht worden – eine umfangreiche sozialetisch-sozialökonomische Fragestellung, auf die hier deshalb nicht weiter eingegangen werden kann.

#### VIII. WERTE-TRANSFERS (4): ALTERNATIVE SOZIALFORMEN

Schließlich haben sich nicht nur die einzelnen Werte inhaltlich gewandelt, sondern auch die Rahmenbedingungen für den Wertevollzug, das Wertebewußtsein, die Wertereflexion. Auf dem Markt der öffentlichen Medien, und d.h. in den Zeitungen, in den Hörfunkprogrammen und auf der Fernsehscheibe, werden die kontroversen Maximen marktschreierisch angeboten: Z. B. signalisiert der »Ausstieg« einzelner und von Gruppen,

insbesondere aus der Schicht intellektueller Jugendlicher, aus den Bindungen von Familie und Gesellschaft hinaus in die Beliebigkeit individuell scheinender Wohngemeinschaften oder sonstiger Kleinkollektiva, wie er zirkushaft von den Medien präsentiert wird, in spektakulärer Aufmachung nichts Geringeres als ein konkretes Aufeinanderprallen von inhaltlich neuartigen Forderungen mit tradierten Werten.

»Neu« ist insbesondere das Verlangen nach Unverbindlichkeit gegenüber einem Wertesystem (vor allem der Familie), dessen Verbindlichkeit jedoch lebensnotwendig ist und bleibt nicht nur für die Erhaltung und Stabilisierung einer freiheitlichen, auf dem Prinzip der Menschenwürde basierenden gesellschaftlich-politischen Ordnung, also auch unserer Demokratie nach den Regeln und Werten des Grundgesetzes, sondern auch gerade für den psycho-sozialen Substanzerhalt der Einzelperson (scil. des individuellen »Aussteigers«).

Der gedruckten Boulevard-Presse ist inzwischen der akustische »Pop-Shop« der Dritten oder der kommerziellen Hörfunkprogramme wirkungsmächtig zur Seite getreten. Und es sind keineswegs nur die vielzitierten (und quantitativ überschätzten) »Aussteiger«, deren Gemüt, Gesinnung und künftige Weltanschauung hiervon nachhaltig beeinflusst und gewandelt wird. Das wertebildende »Meinungsklima« wird nicht allein vom bewußten Willen und der personalen Substanz des einzelnen geprägt. Die Massenmedien sind es ebenso: sie verwandeln Habitus, Einstellung und Grundsatzauffassung in unmerklicher, dennoch dauerhafter Weise. Mögen doch die Philosophen, Theologen und engagierten Eltern statt zeitkritisch zu rasonieren und zu lamentieren, einmal jene Dritten Programme sich anhören, wenn diese sich als alternatives Angebot präsentieren – jeden Tag rund um die Uhr und das ganze Jahr hindurch: an Heiligabend und Karfreitag nicht anders als an jedem beliebigen Werk- und Sonntag. Damit wird eine faktische und dauerhafte Diskrepanz hergestellt zwischen Tradition und scheinbarer »Moderne« (sagen wir: zwischen einer gemüthhaft festlichen Weihnachtsstimmung traditioneller Bürgerlichkeit und einer »poppigen Spiritualität« im Kinder- bzw. Jugendzimmer gleich nebenan in ein- und derselben Wohnung). Völlig neue Lebensgefühle werden hier geschaffen und durch die quantitativ großdimensionierten Massenmedien zudem als offenkundig allgemein-werthaft und offenkundig allgemein-anerkannt suggeriert. Neue Gefühlshaltungen, Lebensstile und Wertschemata als ganze und neue politische Orientierungen sind im sozio-kulturellen und politischen Raume entstanden, keinesfalls nur linksextreme, sondern auch gemäßigt »Grüne«. Nicht zuletzt ist die sogenannte »Alternativbewegung« eine

inhaltlich neue Lebens- und Weltauffassung. Diese neuartigen, andersartigen Lebensstile, Werthaltungen und Bewegungen sind nichts Geringeres als erfahrbare Konkretisierungen eines Wertewandels, dessen Mechanismen im einzelnen noch gar nicht genügend identifiziert, dessen Resultate noch nicht absehbar sind, dessen Wucht jedoch selbst dann spürbar wird, wenn man diesen Prozeß noch nicht rational-analytisch in den Griff bekommen hat.

Auf der anderen Seite läßt sich nicht leugnen, daß neuartige, bis vor kurzem oder gar bis vor einer halben Generation noch gar nicht in das allgemeine Bewußtsein aufgenommene Orientierungen zu neuen und unabdingbaren »Werten« geworden sind. Hierhin gehören z.B. die Entdeckung des Wertes der natürlichen Umwelt und die daraus resultierende politische Zielvorstellung der Umweltschutz-Politik, die binnen einer Dekade nicht nur als solche in das allgemeine Bewußtsein gehoben, publizistisch und politisch formuliert wurde, sondern auch tatsächlich organisiert, institutionalisiert und finanziert worden ist.

Neu ist auch ein anderer, empirisch verifizierbarer Trend: Der allgemeinen Individualisierung, dem vielzitierten »Rückzug ins Private«, steht ein neuer Hang zu emotionaler Gemeinschaft in Großveranstaltungen gegenüber. Kirchentage beider Konfessionen mit ihrem frappierend großen Jugendanteil an den Massenveranstaltungen (1980/82 Berlin, Hamburg, Düsseldorf) scheinen auf den ersten Blick eigentlich im Gegensatz zu stehen zu dem vermuteten und behaupteten Prozeß der Privatisierung. Dennoch ist beiden Strömungen ein Tertium comparationis zueigen: Die Unverbindlichkeit des Privaten korrespondiert mit der Unverbindlichkeit der großen Masse, in der man für kurze Zeit untertauchen kann, die scheinbar Echo auf eigenes Fühlen bietet, die jedoch sowohl unstrukturiert ist als auch nur kurzfristig besteht, die sich (ex definitione) selbst auflöst und deshalb gar keine langfristigen Bindungen an den einzelnen fordert.

Ein Wort hat deshalb symptomatische Wiederauferstehung und neue Karriere gemacht: Es heißt »Bewegung«. Die große Zahl, die emotionalisierte Masse – religiös oder linksradikal –, Friedens-»Bewegung« und Öko-»Bewegung«, sind Ausdruck solchen (Werte-)Wandels. Anders als dies in der Familie, im bürgerlichen Verein mit seinen gegenseitigen Pflichten und Rechten, in der kirchlichen oder politischen Gemeinde mit ihren Ansprüchen, in der Schule mit ihren Sozialisations-, Leistungs- und Konkurrenzprozessen der Fall ist, gestattet es die anonyme Großgemeinschaft einer »Bewegung«, gleichermaßen Freiheit und Ungebundenheit zu erleben. Wenn man in kirchlichen Kreisen so oft und zu Recht vom

Zerfall der Familie gesprochen hat, so korrespondiert dieser Vorgang unstreitig mit der Neuentdeckung und Akzeptanz von Großgruppen und Bewegungen, mit dem Aufbau von Subkulturen und Alternativ-Szenen. Auch auf diesen Feldern vollziehen sich Transfer und Wandlung von Werten, ereignen sich Gestaltung und Umgestaltung von geistigen Grundlagen für Gegenwart und Zukunft.

Unbehandelt lassen müssen wir in diesem Zusammenhang die Fülle derjenigen Faktoren, die man insgesamt als Summe der »stillen Revolutionen« bezeichnen kann: Welche Wandlungen im sittlichen Kodex eine Erfindung wie die der hormonalen Kontrazeptiva bewirkt hat, gleichgültig ob dies etwa von der katholischen Pastoral- und Moraltheologie hingenommen wurde oder nicht, kann nur erwähnt werden. Die kleine Pille, vor gerade zwanzig Jahren erst entwickelt, hatte große Wirkungen in so kurzer Zeit. Und wenn wir es recht sehen, haben nicht einmal deren Erfinder – die Mediziner und Naturwissenschaftler in den Forschungslaboratorien der pharmazeutischen Großindustrie – diese revolutionäre Wirkung ihrer kleinen Pille erkannt, geschweige denn begriffen<sup>18</sup>. Nur langsam entnehmen wir empirisch-sozialwissenschaftlichen Forschungen, daß dies einfach so geworden ist – so und nicht anders<sup>19</sup>. Auch hier, auf dem Felde des Sexualverhaltens und seines Wandels, haben wir es mit einer »Transfer-Straße« zu tun.

## IX. SCHLUSSBEMERKUNG

Dieses Netz der Wechselwirkungen und Verflechtungen zwischen Idee und Politik, zwischen ursprünglichem Gedanken und politischem Voll-

---

<sup>18</sup> Im Frühjahr 1981 veranstaltete der (neben der Firma Hoffmann-La Roche in der Produktion von hormonalen Kontrazeptiva führende) Schering-Konzern in Berlin ein Wissenschaftler-Kolloquium zur Thematik »Die Pille wird 20«. Der Themenkatalog umfaßte ausschließlich medizinische und pharmakologische sowie psychosoziale Fragestellungen. Eigene Recherchen des Verfassers beim Veranstalter ergaben, daß die sozialkulturellen und sozialphilosophischen Implikationen, ganz zu schweigen von den philosophisch-theologischen Überschneidungsbereichen, völlig außerhalb des Interessenbereichs dieses – unsere kulturelle Gesamtsituation nicht unwesentlich, wenngleich »nur« mit winzigen Pillen, beeinflussenden – Konzerns lagen. Bibliographischer Nachweis: »Die Pille wird 20. So begann es . . . und da stehen wir heute«, hrsg. von der ScheringAG – Pharma Deutschland, Berlin 1981 (zu beziehen: Schering AG, Postfach 650 311, 1000 Berlin 65).

<sup>19</sup> Dieses Resultat erbringt die neueste (im Auftrag des Shell-Konzerns erarbeitete, jedoch von diesem unbeeinflusst gebliebene), dreibändige Studie »Jugend '81. Lebensentwürfe, Alltagskulturen, Zukunftsbilder«, 3 Bde, hrsg. vom Jugendwerk der Deutschen Shell, Hamburg 1981; hier Bd. 1, 176 ff., 181 ff.

zug bzw. zwischen konkret-politischem Handeln und nachfolgender prinzipieller Legitimierung bildet das System der zahlreichen »Transfer«-Straßen, in dem sich die Wertediskussion vollzieht und in dem sie aus dem engeren philosophischen Raum herausgetreten ist in die Kampfarena der pragmatischen und der speziell partei-politischen Wertekonkurrenz. In ihrer Verflechtung mit den politischen Tages- und Grundsatzfragen wurden die überzeitlichen Werte jedoch auch als solche relativiert, wurden sie »zeitgemäß« und zeitgenössisch zurechtgestutzt. Sie wurden in ihrer idealistischen Größe zurückgeschnitten auf die Abmessungen des Machbaren hin, in ihrer Funktion als Konsensus-Fundamente für die gesamte Ordnung dadurch zwar zugleich handhabbar gemacht, aber auch inhaltlich beschädigt, letztlich in ihrer Integrationskraft für das sozio-politische System in gewissem Umfange beeinträchtigt. (Grund-)Wertediskussion ist deshalb nicht nur Symptom dieses Relativierungsprozesses, sondern auch Reaktion und Gegenwehr. Grundwerte-Diskussion selbst stellt eine Transfer-Straße dar von Ideen zu pragmatischer Politik.

In der Fülle der Wertewandlungs-Prozesse ist die Grundwerte-Diskussion als ein wesentliches Symptom einer Wertekrise anzusehen; aber weder erscheinen uns die Ursachen noch auch nur die Beziehungslinien genügend erkannt oder gar erforscht zu sein (trotz einer breiten philosophisch-theologischen und publizistischen Diskussion)<sup>20</sup>. Bei aller prin-

---

<sup>20</sup> Hier ist auf den erstaunlichen Umstand hinzuweisen, daß eine in den deutschen und angelsächsischen Sozialen Wissenschaften außerordentlich lebendige und fruchtbare Diskussion und Forschung über Wertewandel in Politik, Gesellschaft und Kultur stattgefunden hat, die jedoch von der deutschen geisteswissenschaftlichen Grundwertediskussion (auch nicht auf der sozialdemokratischen Seite, soweit ich es übersehen kann) gar nicht rezipiert worden ist. – Als Merkposten hierfür, nicht zuletzt für eine im Raume der christlichen Sozialwissenschaften anzusiedelnde interdisziplinäre Debatte, verweise ich auf die grundlegenden Arbeiten von:

*Ronald Inglehart*, *The Silent Revolution. Changing Values and Political Styles Among Western Publics*, Princeton, New Jersey 1977 (mit weiteren Nachweisen); *Peter Kmieciak*, *Wertstrukturen und Wertewandel in der Bundesrepublik Deutschland. Grundlagen einer interdisziplinären empirischen Wertforschung mit einer Sekundäranalyse von Umfragedaten*, Göttingen 1976 (= Schriftenreihe der Kommission für wirtschaftlichen und sozialen Wandel, Bd. 135); *Elisabeth Noelle-Neumann*, *Werden wir alle Proletarier? Wertewandel in unserer Gesellschaft*, Zürich 1978; *Eine Generation später – Bundesrepublik Deutschland 1953–1979. Eine Allensbacher Langzeitstudie*, hrsg. vom Institut für Demoskopie Allensbach 1981; *Wertewandel und gesellschaftlicher Wandel*, hrsg. von *Helmut Klages* und *Peter Kmieciak*, Frankfurt, New York <sup>2</sup>1981 (ein Sammelband mit umfangreich breiter Thematik zu den Themengruppen »Werttheoretische Grundlegungen und Analysen«, »Wertstrukturen und Wertwandlungstendenzen«, »Wertewandel und politische Kultur«, »Grundwerte – Menschenrechte – Rechtsnormen« [hier ist die Grundwerte-Thematik im Ansatz aufgenommen worden],

zipiellen Bedeutung der »Grundwerte«, die wir hier ausdrücklich betonen, hat die Diskussion darüber nur einen relativen zeitgenössisch-kulturgeschichtlichen Stellenwert. Es bleibt vielmehr zu fragen, inwieweit diese Grundwerte schon in erheblichem Umfange geradezu paralyisiert, wenn nicht wenigstens zerfasert werden durch Entwicklungen, die in der bisherigen Grundwertediskussion mit ihrem spezifisch-geisteswissenschaftlichen Duktus übersehen worden sind.

Gerade Christliche Soziallehre und Sozialwissenschaft hätten hier eine forschungsstrategische Verknüpfungsaufgabe zu sehen: in der Auswertung empirischer Befunde und (profan-)wissenschaftlicher Ergebnisse und möglicherweise auch in der Inauguration neuer sozialwissenschaftlicher Projekte und Erkenntnisse.

---

»Methodologie und Methodik der Wertanalyse«, »Wertanalyse als Krisendiagnostik und Zukunftsentwurf«).

Wer die neuere Diskussion in Politikwissenschaft und Soziologie einigermaßen überblickt, weiß, wie sehr dort die Wertewandel-Problematik thematisiert wird; dabei fällt auf (ob der Eindruck zutreffend ist, bleibt noch offen), daß die philosophisch-theologisch-politischen Grundwerte-Diskussionen, insbesondere die aus dem katholisch-kirchlichen Raum kommenden Positionen, entweder gar nicht genannt oder als nicht relevant genug übergangen werden.